

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 07.06.2000

Sitzungsort:
Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 18.50 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

I. Bürgermeisterin Lina Meyer - Vorsitzende -
Ratsherr Horst Jahnke
Ratsherr Dieter Dilling
Ratsfrau Herta Everwien
Ratsherr Karl-Gerhard Pauels
Ratsherr Richard Woldmer

für Beigeordnete Helga Grix (bis 18.10 Uhr)

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Uwe Hellmann
Ratsfrau Sieglinde Kaune

(bis 17.55 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Hermann Züchner

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

F.D.P. (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

(bis 18.20 Uhr)

Beratende Mitglieder

Herr Norbert Haarmeyer
Herr Klaas Hayenga
Frau Regine Miermeister
Frau Elfriede Wilts

(bis 18.00 Uhr)

von der Verwaltung

Medizinaldirektor Dr. Eimo Heeren
Stadtamtsrat Gerhard Discus
Stadtoberinspektorin Elisabeth Szag
Sozialplaner Heinrich-Josef Engels
Stadtamtsrat Reinhard Kleen als Protokollführer

2 Vertreter der örtlichen Presse

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 07.06.2000

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Lina Meyer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Presse und die Zuhörer. Herr Hayenga spricht sie Glückwünsche zu seinem heutigen Geburtstag aus. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 05.04.2000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 05.04.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/1263
Emdener Beratungskompass

Frau L. Meyer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Grotebrune von der Firma MB-Sozialkonzept und Herrn Professor Ohlenburg von der hiesigen Fachhochschule.

Herr Engels erklärt eingangs, dass er sich freue, den Beratungskompass im einzigen Tagesordnungspunkt der Sitzung ausführlich vorstellen zu können. Er schildert kurz die Vorteile eines EDV-gestützten Beratungskompasses, der über das Internet zugänglich sei. Ein solcher Wegweiser sei schneller zu aktualisieren und damit letztlich kostengünstiger. Außerdem würden nicht nur Anwender sondern auch Anbieter von ihm profitieren, da Informationen aller Art abgefragt werden könnten, z. B. über die Bevölkerungsentwicklung.

Herr Grotebrune erklärt zu seiner Person, dass er an der hiesigen Fachhochschule Sozialwesen studiert und in der Psychiatrie des Hans-Susemihl-Krankenhauses gearbeitet habe. Zusammen mit seinem Vater habe er anschließend den H & C Infoverlag gegründet, der Ratgeber speziell für das Sozial- und Gesundheitswesen herausgibt. Anschließend stellt er die Firma exsys aus Emden vor, die den Beratungskompass entwickelt habe.

Bisher gäbe es in Emden im Sozial- und Gesundheitswesen einen regelrechten "Angebotsdschungel" erklärt Herr Grotebrune. Die Frage: "Wer macht was?", könne nicht eindeutig beantwortet bzw. die Informationen müssten aus vielen verschiedenen Publikationen zusammengetragen werden. Auch würden derartige gedruckte Informationen sehr schnell veralten. Der Emdener Beratungskompass solle nun alle Informationen bündeln und stets auf dem laufenden halten.

Herr Grotebrune stellt im Folgenden die geplante Datenbank und deren Anwendungsmöglichkeiten vor.

Frau L. Meyer dankt Herrn Grotebrune für seinen interessanten Vortrag.

Herr Professor Ohlenburg erklärt, er könne das Projekt nur nachhaltig unterstützen, denn es sei innovativ und vorbildlich für andere Regionen. Außerdem seien wirkliche Jungunternehmer aus Emden am Werk, die das Internet als Medium der Zukunft nutzen. Da die Gebühren immer niedriger und das Angebot immer größer werde, sei das Internet künftig für jeden zugänglich. Die so wichtige Bürgerorientierung sei damit gewährleistet. Selbst aus dem Ausland sei die Datenbank zugänglich, was zu einer größeren Transparenz des Angebots führe. Er sagt die Unterstützung durch die Fachhochschule zu.

Frau L. Meyer dankt Herr Professor Olenburg für seine zusätzlichen Ausführungen.

Herr Dilling erkundigt sich, ob Pflegeheime ihre einzelnen Pflegemöglichkeiten angeben könnten.

Dies wird von **Herrn Grotebrune** bestätigt.

Frau Everwien erklärt, dass die SPD das Konzept begrüße. Sie erkundigt sich nach den Kosten und fragt, ob es nicht sinnvoll sei, einen 24 Stunden lang zugänglichen öffentlichen Terminal zu installieren.

Herr Grotebrune bestätigt, dass ein solcher Terminal wichtig sei, schon allein, um die Anonymität der Ratsuchenden zu wahren. Technisch sei dies überhaupt kein Problem.

Zu den Kosten erläutert **Herr Engels**, dass die Stadt Emden bislang für die Entwicklung des Konzepts nichts habe zahlen müssen. Der Start könne außerdem durch das EU-Programm "Interreg 3a" gefördert werden.

Herr Grotebrune erläutert im Folgenden seinen Kostenvoranschlag. Er betont, dass insbesondere die Gebühren für die Anbieter niedrig gehalten worden seien, um viele Anbieter zum mitmachen zu animieren. Er würde das Projekt gerne in Emden verwirklichen, um es dann auch für andere Regionen anbieten zu können.

Herr Hellmann unterstützt das Konzept im Namen der CDU. Er erkundigt sich nach

1. den Anwenderkosten
2. einer eventuellen Speicherung der Zugriffe und
3. der Möglichkeit einer themenbezogenen Darstellung, z. B. der Stadtverwaltung mit Angabe der Ansprechpartner und Zimmernummern.

Herr Grotebrune erklärt, dass die Anwender nur die reinen Internet-Gebühren zu tragen hätten. Die Zugriffe würden entsprechend dem Datenschutz gespeichert, keinesfalls aber namentlich. Die gewünschte detaillierte Präsentation sei möglich, auch könnten Formulare im System hinterlegt werden.

Herr Haarmeyer hält die genannten Kostenvoranschläge für günstig. Er erkundigt sich nach den Preisen für Wohlfahrtsverbände.

Herr Grotebrune erklärt, dass sich der Preis nach der Zahl der Angebote richte. Würde ein Wohlfahrtsverband z.B. drei Leistungen anbieten, wäre die genannte Gebühr dreimal zu entrichten.

Herr Bongartz erkundigt sich, ob in den Preisen alle Leistungen enthalten seien, z. B. auch die Präsentation von Fotos.

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 07.06.2000

Fotos würden gesondert berechnet, erklärt dazu **Herr Grotebrune**. Logos könnten dagegen in den gewünschten Text eingebunden werden.

Herr Engels weist darauf hin, dass der Beratungskompass am 19.06.2000 in der Delegiertenversammlung des Seniorenbeirates erneut vorgestellt werde. Besucher könnten hieran gerne teilnehmen.

Nachdem keine Fragen mehr vorliegen, dankt Frau L. Meyer den Vortragenden für ihre Ausführungen. Sie sagt dem Projekt ihre Unterstützung zu.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

- - - - -

2. **Herr Discus** weist auf die neuen Regelsätze ab 01.07.2000 hin. Sie werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

- - - - -

3. Weiterhin erinnert **Herr Discus** an die Vorstellung des Vereins "Das Boot" in der Sitzung am 05.04.2000. Wie sich damals schon abzeichnete, habe der Verein jetzt beantragt, die Finanzierung der auslaufenden ABM-Stelle in Höhe von 90.000 DM zu übernehmen. Er teilt mit, dass die Verwaltung den Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen und wegen fehlender Haushaltsmittel ablehnen werde.

Punkt 5: Anfragen

1. **Herr Züchner** stellt folgende Fragen:
 1. In welchen Schritten wird die Sozialhilfe bei fehlender Mitwirkung gekürzt?
 2. Werden betreuende Organisationen über die Kürzung informiert?
 3. Wird durch die Nichtzahlung der Miete nicht gerade die Obdachlosigkeit hervorgerufen, die eigentlich vermieden werden soll?

Herr Discus nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

Zu 1. Die Kürzung erfolge in Schritten von 25 % jeweils nach Belehrung und entsprechender Ankündigung. Sie erfolge nur, wenn Hilfeempfänger auf mehrmalige mündliche oder schriftliche Ansprache nicht reagierten. Die Einstellung der Mietzahlung sei äußerst selten.

Zu 2. Soweit die betreuenden Organisationen bekannt seien, würden auch diese informiert.

Zu 3. Durch die ausnahmsweise Einstellung einer Mietzahlung solle selbstverständlich keine Obdachlosigkeit verursacht werden. Manchmal bleibe aber keine andere Wahl, um die Hilfeempfänger endlich zu einer telefonischen oder persönlichen Vorsprache im Amt zu bewegen.

Herr Züchner erkundigt sich ergänzend, ob derartige Fälle beobachtet würden.

Dies habe Grenzen, entgegnet **Herr Discus**, da alle Mitarbeiter eine große Zahl von Fällen zu bearbeiten hätten.

- - - - -

Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 07.06.2000

2. **Herr Züchner** weist weiterhin auf einen Artikel in der Ostfriesen Zeitung vom 03.06.2000 hin. Darin werde von einer Familie aus Emden berichtet, die in Arle ins Kirchenasyl aufgenommen worden sei. Der Landrat, Herr Swieter, habe sich darin befriedigt darüber geäußert, dass ja nun das Ausländeramt in Aurich statt des Ausländeramtes in Emden zuständig sei.

Herr Dr. Heeren weist den in derartigen Anfragen latent vorhandenen Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit entschieden zurück. Was Herr Swieter mit seinen Äußerungen bewirken wolle, wisse er nicht. Herr Züchner möge ihn bitte direkt fragen.

Da auch seitens der Zuhörer keine weiteren Fragen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 18.50 Uhr.